

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 23. Juni 1886.

Nr. 285.

Berlin, 22. Juni. Bei der heute angefangenenziehung der 3. Klasse 174. königl. preußischer Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 15,000 M. auf Nr. 45679.
2 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 55163
91275.

1 Gewinn von 1800 M. auf Nr. 83396.

6 Gewinne von 900 M. auf Nr. 8351

37090 58761 64344 77036 80250.

11 Gewinne von 300 M. auf Nr. 2140

11494 15891 19768 23828 46323 53004

72344 74700 81374 84731.

Deutschland.

Berlin, 22. Juni. Das Besinden des Kaisers ist, wie aus Bad Ems gemeldet wird, trotz des kalten und trüben Wetters vortrefflich. Zu dem gestrigen Diner hatte der Kaiser keine Einladungen ergehen lassen. Heute früh trank der Kaiser am Kesselbrunnen, machte sodann eine Promenade und nahm später den Vortrag des Generalleutnants v. Albedyll entgegen. Zum Diner hatten Einladungen erhalten der Erbgroßherzog von Oldenburg, der Herzog Georg von Oldenburg und Prinz Reuß XIII.

Wie aus Gastein geschrieben wird, ist der Kaiser dort bestimmt zum 18. Juli angemeldet. Die Kaiserin von Österreich wird am 1. Juli, die Großherzogin von Weimar in den ersten Tagen des Juli erwartet.

Betrifft der Verhandlung des Bundesrats über die Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen war berichtet worden, die Königlich sächsische Regierung habe um deswillen gegen die bezügliche Vorlage gestimmt, weil sie sich für die Errichtung des Seminars in Leipzig interessiere. Dem gegenüber bemerkte des offizielle "Dresden Journal", daß die sächsische Regierung ihre Abstimmung mit der zu Protokoll gegebenen Erklärung motivirt hat, "daß sie die Errichtung des projektierten Seminars als von den Interessen des Reiches erforderlich anerkenne, daß sie aber nicht vermöge, sich mit der in Aussicht genommenen Verbindung des Instituts mit einer Landesanstalt einverstanden zu erklären und daher genötigt sei, gegen die Vorlage zu stimmen".

Die "Newyorker Staatszeitung" bringt über die Verurtheilung Most's und seiner Genossen folgenden Bericht:

Sobald Recorder Smyth seinen Sitz auf der Richterbank eingenommen hatte, wurden ihm die drei Gefangenen vorgeführt. Most stand zwischen seinen beiden Genossen Braunschweig und Schenk. Recorder Smyth ließ den Anwalt der Anarchisten ruhig aussprechen, erklärte aber dann prompt, daß er den Antrag abweise. Sich darauf an die Gefangenen wendend und jedes Wort gewichtig und mit tiefstem Ernst aussprechend, sagte Herr Smyth: "Most, Sie haben schon mehrere Straftermine in anderen Ländern, aus welchen Sie wegen der von Ihnen gepredigten Doktrinen und wegen Ihrer Anstrengungen, Andere zu schweren Verbrechen aufzureißen, sich flüchten mußten, durch gemacht. Ich bedauere, daß das Gesetz mir nicht erlaubt, eine Ihrem Verbrechen entsprechende Strafe über Sie zu verhängen. Sie haben zur Anwendung von Gift, Mord und Brandstiftung gerathen. Sie haben aufreizende Reden an unwillige Leute gehalten und diese zu den schrecklichsten Verbrechen gegen die Bürger und gegen die Gesellschaft aufgefordert. Sie sind sogar so weit gegangen, Dienstboten in der Zubereitung und Verabreichung von Gift Unterricht zu ertheilen. Einen schlimmeren Schurken, als Sie sind, giebt es auf Erden nicht. Es ist notwendig, daß Leute Ihres Charakters und mit Ihren Ansichten der Strafe nicht entgehen, daß die Gesetze dieses Landes, obwohl sie sehr milde sind, um jeden Preis aufrecht erhalten werden, und daß Djenigen, welche die Gesetze verleihen oder den Versuch dazu machen, strenge Strafe trifft. Es ist augloss, an einen Mann Ihres Charakters weitere Worte zu vergeben, und Ihr Urtheil lautet dahin, daß Sie auf 1 Jahr bei harter Arbeit im Penitentiary eingesperrt werden und eine Geldstrafe von 500 Dollars bezahlen, dabei auch verurtheilt sind, für jeden nicht erlegten Dollar der Strafe einen Tag im Gefängnisse zu zuzwingen, wie dies vom Gesetze vorgeschrieben ist. Wie ich schon vorher bemerkte habe, kuh es mir außerordentlich leid, daß das Gesetz mir nicht erlaubt,

eine schwerere Strafe über Sie zu verhängen. Was Sie, Braunschweig, betrifft, so sind Sie nicht der Mann von der Erziehung und Erfahrung Most's und besitzen die Kapazität nicht, welche Most besitzt. Deshalb werde ich zu Ihren Gunsten einen Unterschied machen und Sie zu

9 Monaten Penitentiary bei harter Arbeit und 250 Dollars Geldstrafe verurtheilen. Schenk, es wurde der Beweis geliefert, daß Sie sich früher eines guten Charakters erfreuten. Auf dem Zeugenstand gaben Sie indessen zu, daß Sie ein Anarchist seien und an anarchistische Doktrinen glaubten. An der in Rede stehenden Versammlung nahmen Sie jedoch keinen anderen Anteil,

als daß Sie in derselben den Vorstg führt und Most den Versammelten als Redner vorstellten. Angesichts dieser Umstände verurtheile ich Sie zu

9 Monaten Haft im Penitentiary bei harter Arbeit."

Bleich und mit nervösem Zittern hörten die drei "Genossen" der strengen Rede des Recorders zu. Die Augen hatten sie zu Boden gesenkt, und bei Most, der mit seinen Händen das vor ihm befindliche Gitter krampfhaft umspannte, als ob er sich vor dem Umsinken bewahren wollte, machte sich ein fortwährendes Zucken seines hässlichen Gesichts bemerkbar, dessen Farbe beständig aus glühender Röthe in plötzlich Leichenblässe und umgekehrt umsprang. Die Worte des strengen Richters machten einen nur zu ersichtlichen Eindruck auf ihn, und seine Genossen blieben von diesem Eindruck gleichfalls nicht verschont. Die Verurtheilten wurden sodann mittelst Handschellen wieder aneinander gefesselt und aus dem Saale geführt, um mit der "Black Maria" nach den Tombs zurückgebracht zu werden. Als Most aus dem Gerichtshause trat, rief er einzigen Bekannten auf Deutsch zu: "Das nennen diese Kerle Gerechtigkeit!" Bald waren sie in den Tombs wieder angelangt, allein lange blieben sie nicht in dem ihnen bekannten Gefängnis. Um 1 Uhr Nachmittags mußten sie abermals den Gefängniswagen bestiegen, der sie in Gefellschaft einer Anzahl anderer Verbrecher nach dem Dampfer "Thos. S. Breman" brachte. Dieser beförderte die vorsätzlich "falsch gestellten" Anarchisten nach Blackwall's Island. Warden Tilbury nahm Most, Schenk und Braunschweig dort in Empfang, ließ sie mit ihren übrigen Gefährten in dem bekannten "Sträflingsmarsch", dicht hintereinander, die rechte Hand auf die Schulter des Vorbermannes gelegt, nach der Penitentiary Office führen und ihre Namen u. s. w. eintragen. Gleich danach wurde das Kleieblatt nach der Barbierstube gebracht, wo ihnen die Haare ganz kurz geschnitten und die Bärte abrasirt wurden, worauf man Most und Schenk der Schmiedewerkstatt und Braunschweig als gelernten Schreiner der Schreiner- und Zimmermannswerkstätte zuteilte.

München, 22. Juni. (Kammer der Reichsräte.) Über die ziemlich eingehenden Auskünfte und Andeutungen, die gestern den bayerischen Reichsräthen auf Grund des geheimen Altenmaterials über König Ludwig gegeben wurden, haben wir bereits im gestrigen Abendblatt berichtet. Die Ausführungen des Referenten v. Neumayer wurden durch weitere Mittheilungen des Ministerpräsidenten v. Luß ergänzt, der zugleich die Haltung des Ministeriums zu rechtfertigen suchte. Es geht hierüber dem "B. L." folgendes ferneres Telegramm zu, nach welchem Minister v. Luß weiter ausspricht:

Wesentliche Symptome waren die Verlegenheiten der Zivilisten. Der bekannte Regelungsversuch von 1884 habe zu keiner dauernden Ordnung geführt, und selbst ein großes, etwa neuerdings negoziertes Ansehen würde ebenso wenig Erfolg gehabt haben. In Kurzem hätte der König bei seinen Neigungen wieder vor der alten Kalamität gestanden. Alle Versuche, dem Könige durch die Notwendigkeit, angesichts leerer Kassen zu sparen, die Grenzen seiner Macht begreiflich zu machen, waren vergeblich. Erst da kamen wir mit zwingender Notwendigkeit auf den Gedanken, daß eine unheilbare Geistesstörung vorliege, und im März hatte ich die erste Unterredung mit Dr. v. Gudden. Waren meine Kollegen und ich Psychiater gewesen, so würden wir den Zustand des Königs früher erkannt haben; hätten wir aber gehandelt, bevor wir die volle Überzeugung von der Unmöglichkeit einer Besserung gehabt, so wären wir Hochverräther gewesen —, ganz abge-

sehen davon, in welche Lage wir den Prinzregenten gebracht hätten, wenn etwa die Kammern nachträglich erklärt hätten, daß ihnen vorliegende Material genüge nicht, um die Regierung zu rechtfertigen. In außerordentlicher Lage greift man zu außerordentlichen Mitteln, und da mußte untergeordnete Frage, ob der König bei Unterzeichnung nicht allzu wichtiger Staatsakte etwa nicht mehr regierungsfähig gewesen, in den Hintergrund treten.

Redner beklagt sich dann über die zahllosen Lügen und falschen Berichten in der Presse; erst heute habe er die Schilderung eines Hamburger Blattes über die Vorgänge in Hohenstaufen gelesen, die von A bis Z erlogen sei. Zweifellos hätten die Minister noch viel mehr Material beibringen können, aus Gründen der Pietät ließen sie sich's aber an dem vorgelegten genügen.

Eine weitere persönliche Vorstellung beim Könige (wie der Klerikale Graf Odenburg, der Vorredner, sie gewünscht) wäre einfach unausführbar gewesen. Ließ sich denn der König sprechen? Sei doch das direkte mündliche Verfahren längst abgeschafft gewesen! Das geheime Vor gehen der Staatskommission wäre durch die Umstände und namentlich auch durch die wohlbekannte hochgradige Erregtheit des Königs und die Rücksicht auf dessen Leben geboten gewesen.

Deshalb mußte auch im Moment der Mitteilung von der eingesetzten Regierung Dr. von Gudden in Aktion treten. Der Beiratsamtmann von Jüssen habe, sobald er von der Regierung unterrichtet war, den Gendarmen Befehl im Sinne der Kommission gegeben; die Gendarmen aber, noch ganz erfüllt von des Königs direktem Befehl aus dem Gerichtshause trat, rief er einzigen Bekannten auf Deutsch zu: "Das nennen diese Kerle Gerechtigkeit!" Bald waren sie in den Tombs wieder angelangt, allein lange blieben sie nicht in dem ihnen bekannten Gefängnis.

Um 1 Uhr Nachmittags mußten sie abermals den Gefängniswagen bestiegen, der sie in Gefellschaft einer Anzahl anderer Verbrecher nach dem Dampfer "Thos. S. Breman" brachte. Dieser beförderte die vorsätzlich "falsch gestellten" Anarchisten nach Blackwall's Island. Warden Tilbury nahm Most, Schenk und Braunschweig dort in Empfang, ließ sie mit ihren übrigen Gefährten in dem bekannten "Sträflingsmarsch", dicht hintereinander, die rechte Hand auf die Schulter des Vorbermannes gelegt, nach der Penitentiary Office führen und ihre Namen u. s. w. eintragen. Gleich danach wurde das Kleieblatt nach der Barbierstube gebracht, wo ihnen die Haare ganz kurz geschnitten und die Bärte abrasirt wurden, worauf man Most und Schenk der Schmiedewerkstatt und Braunschweig als gelernten Schreiner der Schreiner- und Zimmermannswerkstätte zuteilte.

Gudden habe den wiederholten und dringendsten Befehl gehabt, den König nur ja recht schonend zu behandeln. Schloß Berg sei als Aufenthalt erst gewählt worden, nachdem Gudden jede Verantwortlichkeit für das Leben des Königs in Hohenstaufen abgelehnt und Linderhof aus anderen Bedenken (zu weite Entfernung von der Hauptstadt und wegen der Stimmung der Bevölkerung) als unpassend befunden worden war. In Berg seien eiligst alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden; auch eine Absperrung gegen den See zu war geplant, aber bei der Kürze der Zeit noch nicht ausführbar gewesen.

Fürst Löwenstein-Freudenberg (strengherstellerisch)

greift das Ministerium scharf an. Dasselbe habe

thatsächlich Jahre lang eine vollständige Ministerherrschaft geführt, die nach der Verfassung nicht begründet war. Schon seit langen Jahren

schwanden die Gerüchte von der Unzurechnungsfähigkeit des Königs; Aufgabe des Ministeriums

wäre es gewesen, sich Klarheit darüber möglichst

bald zu verschaffen, und das um so mehr, als

das Ministerium keinen anderen Grund für seine Existenz geltend machen konnte, als die Berufung

auf das Vertrauen eben dieses Königs, als es

gegen den Willen der Majorität im Amt blieb.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Der Referent verzichtet auf das Schlusswort.

Der Antrag des Ausschusses, der Regierung

sich die Zustimmung zu ertheilen,

wurde von den anwesenden 48 Reichsräthen

einstimmig angenommen. Der Dotsionsantrag wurde dem Finanzausschuss überwiesen.

Der Präsident schlägt schließlich vor, allenfallsige

Anträge betreffs Interpretation von Titel 10,

Kapitel 18 der Verfassung (Beamtenstellung während der Regierung) einem Ausschuß zu übergeben.

München, 22. Juni. In Bayern häufen sich die Konfiskationen von Blättern, die den Regenten oder das Ministerium beleidigt haben sollen, ohne daß der gesetzliche Grund dieser Beschlagnahmen erkennbar wäre. — Über die vor

gestrige Sitzung des Ausschusses der Abgeordnetenkammer wird der "Frls. Z." berichtet:

"Die Sitzung begann mit einer großen Klage

von beiden Seiten, daß alles heraus komme. Der

Streit verlor im Sande. Hundert Briefe mit

Geldangeboten aus allen Ländern der Welt liegen vor. Der Minister ist aber bekanntlich nicht

genötigt, alles Material vorzulegen. Das zur

Sittengeschichte Gehörige ist nur gestreift, weil es

unmöglich war, die Chevauxlegers von Hohen-

König Verdacht geschöpft hätte. v. Gudden hatte in seinem Gutachten keinen Werth darauf gelegt, weil es eine Schwäche sei, die auch bei gesunden Menschen vorkomme. Der Kammerdiener Meier, welcher eine Aussage bei Lebzeiten des Königs verweigerte, wurde nach dessen Tode vernommen; alle anderen Aussagen sind vor dem Tode gemacht worden."

München, 22. Juni. Zu den Anzweiflungen, ob König Ludwig II. wirklich aus eigener Initiative dem Könige von Preußen die Kaiserwürde angetragen habe, bemerkte die "K. Hart. Zeitung":

"Wir sind in der Lage, eine bisher, so viel wir wissen, nicht bekannt gewordene Thatsache mitzuteilen, über deren Authentizität nach der Quelle, aus der sie stammt, jeder Zweifel ausgeschlossen ist. Danach ging der erste Vorschlag des Königs Ludwig dorthin, König Wilhelm zum Kaiser von Norddeutschland zu proklamieren. Thatsächlich wurde dieser Vorschlag an allerhöchster Stelle zur Kenntnahme unterbreitet, vom König Wilhelm aber ausdrücklich abgelehnt. Es erfolgten nunmehr weitere Verhandlungen und darauf schließlich das bekannte entscheidende Schreiben des Bayernkönigs. Wir sind, wie gesagt, in der Lage, diese Mitteilung als unzweifelhaft wahr zu verbürgen."

Ausland.

Paris, 19. Juni. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt man hier die großen Flottenmanöver im Mittelmeer, bei denen es sich hauptsächlich um Erprobung der Kampf- und Verwendungs-Fähigkeit der sogenannten Hochsee-Torpedoboote handelt. In den zwei ersten Abschnitten dieser Manöver, die bei Toulon und nördlich von Korsika stattfanden, haben die Torpedoboote nur geringe oder eigentlich keine Erfolge aufzuweisen gehabt, denn es scheint, daß sie in Wirklichkeit trotz ununterbrochener Angriffe kein einziges Panzerschiff gesprengt haben würden. Torpedoschüsse sind freilich genug abgegeben worden, aber entweder aus einer so großen Entfernung, daß das Treffen unmöglich oder doch im höchsten Grade unwahrscheinlich war. Einige Boote sind zwar dicht an die Panzerschiffe herangekommen und haben aus wirklicher Schußweite gefeuert, diesen Erfolg aber nur dem Umstand zu danken gehabt, daß sie, obwohl auf größere Entfernung entdeckt, sich um das auf sie gerichtete Feuer nicht im Mindesten kümmerten und rubig durch einen Hagel von Hotchkiss-Geschossen durchfuhren, so daß die Kommandeure der Panzerschiffe wohl mit Recht behaupten, daß sie die Torpedoboote unschätzbar in den Grund gebohrt haben würden, ehe diese ihre Geschosse abschießen konnten. Die meisten der Angriffe haben bei Nacht stattgefunden und dabei hat sich herausgestellt, daß dem Torpedo im elektrischen Licht ein furchtbarer Gegner erwachsen ist, da es den Panzerschiffen möglich wurde, mittels starker Reflektoren das Meer auf weite Entfernung zu beleuchten, die nahenden Torpedoboote rechtzeitig zu entdecken und ihnen mit ihren Hotchkiss-Kanonen entgegentreten, ehe sie in die Lage kommen, die Torpedos abfeuern zu können. Noch durch einen anderen Umstand zeigte sich das elektrische Licht als gefährlicher Feind des Torpedos: dieser ist bei seinem Annahen natürlich in volles Dunkel gehüllt und die Augen der Besatzung sind an diesen Zustand gewöhnt; wenn sie nun plötzlich von den Strahlen des elektrischen Lichtes getroffen werden, so tritt die Erscheinung auf, daß sie die Fähigkeit, die Entfernung richtig zu schätzen, in auffallendem Grade verlieren. So ist es geschehen, daß Torpedoboote sich im Glauben befanden, feindlichen Panzerschiffen auf 400 Meter nahe gekommen zu sein, und daß sie daher das für "Feuer" verabreichte Signal gaben, während sich später herausstellte, daß sie tatsächlich über 1000 Meter entfernt gewesen waren, eine Entfernung, die jeden Torpedoschuß unmöglich macht!

Bei dem letzten Manöver-Abschnitt, während dessen die Torpedoslotte des Admirals Brown die Panzerslotte des Admirals Lafont im Golf von Ajaccio angriffen sollte, bewährte sich wiederum das elektrische Licht als ausgezeichnetes Schutzmittel gegen die Torpedos, außerdem aber gaben die leichten Versuche sehr interessante, für die französische Marine ungünstige Ergebnisse bezüglich der See-fähigkeit der Torpedoboote. Admiral Brown hatte 18 Torpedoboote vom Typus 28 und 35 Meter

Länge zu seiner Verfügung. Mit diesen segelte er von Bastia bei stark bewegter, aber keineswegs stürmischer See ab. Die bis Ajaccio zurücklegende Entfernung war nur gering, der Seegang wurde von den größeren Fahrzeugen fast gar nicht empfunden, die Postdampfer, die zu gleicher Zeit in Fahrt waren, trafen ohne Verspätung ein — und doch vermochten von den 18 Torpedobooten des Admirals Brown nur 5 (vom Typus 35 Meter) dem Admiralschiff "Fulminant" zu folgen und so an den Operationen bei Ajaccio teilzunehmen. Sämtliche Boote von 28 Meter und einige der 35 Meter-Klasse mussten während der Fahrt zurückgelassen werden, da sie gegen die See nicht aufkommen konnten. Dieser große Misserfolg ist gleichbedeutend mit einer großen Einschränkung des Wirkungsgebietes dieser sogenannten Hochsee-Torpedos. Gegen die Torpedos an sich beweist er freilich nichts, wohl aber spricht er zu Ungunsten der von der französischen Marine für diese Boote gewählten Konstruktionen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das die Veranlassung zu neuen Konstruktions-Versuchen werden, aus denen sich dann vielleicht der Typus des idealen Hochsee-Torpedos ergeben wird. Wie dem "Temps" berichtet wird, haben die Misserfolge der Torpedos die Wirkung gehabt, die Marinemannschaften von ihrer abergläubischen Furcht vor dieser neuesten Kriegsmaschine zu heilen, ja sie sind sogar in die andere Uebertreibung gefallen und sprechen mit Verachtung von den vorher so gefürchteten Booten. Im Gegensatz zu den Mannschaften erkennen aber die Offiziere nach wie vor die große Bedeutung des Torpedos an und sprechen die Ansicht aus, daß man mit allem Nachdruck die Konstruktion dieses Bootes und die Vorrückung der Torpedo-Taktik weiter verfolgen, zugleich aber für Anschaffung wirkamer Vertheidigungsmittel gegen den Torpedo, wozu mit in erster Linie Schußwaffe zu rechnen, Sorge tragen müsse.

Paris, 20. Juni. Die Berathung über das Ausweisungsgesetz wird im Senate wenigstens 4 Sitzungen beanspruchen. Für die Vorlage werden sprechen: Journault, Maze, Clamageran und Marion, gegen dieselbe Boisins-Lavennière, Renaud, Bardour, Ravignan, Lacombe, Bressenne und Dupre und wahrscheinlich auch Jules Simon; Berenger wird als Berichterstatter gegen, Freycinet für die Vorlage reden. In der Deputentammer rechnet man auf Beendigung der leidigen Gejagtheit noch in dieser Woche und beschäftigt sich bereits mit den Parlaments-Ferien. Die Kammern sollen am 15. Juli spätestens anfangen, also am Tage nach dem Nationalfeiertag, vielleicht aber auch schon am 10. Juli. Was dem Staate die Beförderung eines unbehaglichen Deputirten zu einem in's Weite geschickten Botschafter kostet, lehrt der Fall Constan. Dieser geht als Botschafter nach China mit einem Jahrgehalt von 80,000 Francs. Dazu kommen für unentgeltliche Wohnung in Peking, für Einrichtungen kosten 25,000 Frs., für Reisekosten für ihn und Familie nebst fünf Dienstleuten 46,000 Frs., für Repräsentationskosten 100,000 Frs. u. s. w., so daß Constan für das erste Jahr 226,000 Frs. bezahlt; Paul Bert, gleichfalls unbehaglicher Antragsteller und Schwäger, ist noch glänzend als Generalrestdent in Anam gestellt.

Kairo, 18. Juni. In der letzten Zeit war vielfach die Rede davon, daß Nubar Pascha demnächst nach Europa reisen werde, um mit dem Ex-Khedive Ismail Pascha bezüglich der Forderung, welche letzterer an den ägyptischen Staatschaf stellt, ein Übereinkommen zu treffen. Wiewohl die diesbezügliche Meldung dementirt wurde hat sie doch viel Wahrscheinlichkeit für sich. Graf Lantson, der Vertreter des Ex-Khedive Ismail Pascha, hat an die Vertreter der Mächte in Kairo ein Schreiben gerichtet, in welchem er dieselben erucht, die Modalitäten festzusezen, unter welchen der kleine König seine Forderungen an die ägyptische Regierung geltend zu machen haben wird. In diesem Schreiben wird auch ausgeführt, daß Ismail Pascha Beweise für die Gültigkeit seiner Ansprüche in Händen habe, daß er sie jedoch dem von der ägyptischen Regierung eingesetzten Komitee nicht vorlegen wolle.

Es verlautet, daß die ägyptische Regierung eine Kommission einsetzen will, die sämtliches unbewegliches Eigenthum der Europäer in Ägypten abschätzen soll, um auf Grund dieser Abschätzungsresultate die Besteuerung des Grundbesitzes der Fremden durchzuführen zu können, wie diese in der Finanzkonvention vom Jahre 1885 ausgesprochen wurde.

Die Nachrichten aus dem Sudan laufen übereinstimmend dahin, daß die Dervische und Anführer der Mahdisten von Khartum aus nordwärts vorrücken, in der Absicht, beim Eintreten der Nilswellung die von den Engländern geräumten Stellungen anzugreifen. Um zu diesem Zwecke ein möglichst großes Heer zu sammeln, entenden sie nach allen Theilen des Sudan Emissäre, welche die Bevölkerung zum Kampfe aufzurütteln; jene Stämme, die sich weigern zu folgen, werden mit Plünderung und Raub bestimmt. Das Kundschafterwesen hat bei den Rebellen einen hohen Grad von Entwicklung erreicht.

Aus dem offiziellen Ausweise über die in Ägypten gesammelten Beiträge für die Kriegsrüstungen der Porte, welche Muhammed Pascha zugegangen sind, erhellt, daß 1000 türkische und 310,000 ägyptische Pfund (gegen 800,000 Francs) beigesteuert wurden.

M. halte im Juli 1885 den Cheleuten D. zwei vorgerichtliche Strafbefehle in der Weise zugestellt, daß er dieselben dem achtjährigen Sohn des D. zum Zweck der Übergabe an seine Eltern aushändigte und hatte dann in den Zustellungsurkunden vermerkt, die Zustellung sei in Abwesenheit der Adressaten an deren mit ihnen in Familiengemeinschaft lebenden erwachsenen Sohn erfolgt. Nach § 166 Zivil-Proz.-Ordnung kann die Zustellung in Abwesenheit des Adressaten an einen erwachsenen Haushaltsangehörigen erfolgen. M. wurde demzufolge wegen wissentlich falscher Beurkundung aus § 348 Str.-G.-B. angeklagt. Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe. Die vom Staatsanwalt dagegen eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht, I. Strafenant, durch Urteil vom 8. April d. J. verworfen, indem es begründend ausführte: "Ob die Strafammer bezüglich der Frage, wer als "erwachsen" im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. anzusehen sei, von einer richtigen Auffassung ausgegangen ist und die Zustellungen an einen 8jährigen Knaben den Vorschriften dieses Paragraphen entsprochen haben, kann dahingestellt bleiben. Denn die Freisprechung wird schon durch die Feststellung gerechtfertigt, der Angeklagte sei der Meinung gewesen, der Sohn des D. sei als eine erwachsene Person im Sinne des § 166 der Z.-Pr.-O. anzusehen. Mit Rücksicht darauf fehlt es an dem Thatbestand des § 348 Str.-G.-B. vorgesehenen Vergehens, indem der Angeklagte nicht eine Thatsache vorsätzlich falsch beurkundet hat. Auch wenn sich der Angeklagte bezüglich der in § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. enthaltenen Vorschrift in einem Rechtsstreit befunden hat, wird durch diesen zivilrechtlichen Streit, in Folge dessen vorsätzlich angenommen, die von ihm beurkundete Thatsache sei wahr, die Anwendung des § 348 des Str.-G.-B. ausgeschlossen."

Die oberbayerische Sänger- und Schuhplattler-Tanz Gesellschaft Schaumaur, welche sich bisher im Wolff'schen Etablissement produzierte, wird dem Vernehmen nach heute in "Sommerlust" Vorstellungen geben. Die Leistungen der Gesellschaft haben hier die beispiellose Aufnahme gefunden und erfreuen sich u. A. auch belobigender Anerkennungen des Herzogs Georg von Sachsen-Meiningen und anderer hervorragender Personen.

Zu der am Dienstag den 29. Juni in Wolffs Garten stattfindenden Rosen-Ausstellung des Stettiner Gartenbau-Vereins werden mit Konkurrenzberechtigung zugelassen: abgeschulte Rosen, blühende in Töpfen kultivirte Rosen und Rosen Arrangements. Alle anderen gärtnerischen Kultur-Objekte dürfen, soweit es der Raum gestattet, außer Konkurrenz ausgestellt werden. Folgende Preis-Aufgaben sind gestellt 1) für abgeschnittene Rosen: a. das beste, richtig benannte Sortiment: 2 silberne, 3 bronzen Medaillen und 3 Ehren-Diplome; b. das beste Sortiment Theer-, Rosette- und Theer-Hybrid-Rosen in mindestens 30 Sorten: 1 silberne, 2 bronzen Medaillen und 1 Ehren-Diplom; c. das beste Sortiment Hybriden in mindestens 30 Sorten: 1 silberne und 1 bronzen Medaille; d. das beste Sortiment Neuheiten in mindestens 20 Sorten aus den Jahrgängen von 1882 an: 1 silberne und 1 bronzen Medaille. 2) für blühende in Töpfen kultivirte Rosen: 1 silberne, 1 bronzen Medaille und 1 Ehren-Diplom. 3) für Arrangements aus blühenden Rosen: 1 silberne, 1 bronzen Medaille und 1 Ehren-Diplom. Die Anmeldungen müssen unter genauer Angabe der Konkurrenz und der Sortenzahl bis zum 27. Juni bei dem Sekretär des Vereins, Herrn Albert Wiese, Frauenstr. 34, erfolgen. Die Einlieferung der Ausstellungs-Gegenstände muß bis zum 29. Juni, Vormittags 9 Uhr, beendet sein; die Rücknahme derselben darf nicht vor 9 Uhr Abends und nur streng nach der Bestimmung der Ordner geschehen.

Dem Direktor der Stettiner Maschinenbau Aktien-Gesellschaft "Vulkan", H. S. Stahl, ist das Ehren-Ritterkreuz 1. Klasse des großherzoglich oldenburgischen Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig verliehen worden.

Wie unsere Ferienkolonien unter unseren Mitbürgern von Jahr zu Jahr mehr Freunde gewinnen, so finden sich auch immer mehr Männer unter den wohlhabenden Landbewohnern unserer Provinz. Zu den schon genannten Wohlthätigen gesellen sich folgende neue: Herr von Flügge auf Speck hat sich auch in diesem Jahre bereit erklärt, 2 Knaben aufzunehmen. Herr Landrat von Hagen in Belgard an der Persante will auf seinem Gute Dametrov 2 Knaben und in Premnitz 2 Mädchen unterbringen. So ist denn zu hoffen, daß alle diejenigen Kinder, von denen die Aerzte Genesung oder doch Erholung nur von einem Aufenthalte außerhalb der Stadt oder von einer besonderen Kur in der Stadt erhoffen, wirklich versorgt werden können. Dem Komitee sind auch bereits eine ganze Anzahl gut erhalten Kleidungsstücke, sowie einige Schreibmaterialien und Spielsachen zugegangen. Diejenigen unserer Mitbürger, welche nach dieser Richtung hin ihr Interesse an der guten Sache bethalten wollen, werden gebeten, die Sachen im

Laufe dieser Woche abzuliefern, damit die Vertheilung rechtzeitig erfolgen oder anderer Disposition getroffen werden kann.

In der Woche vom 13. bis 19. Juni sind hier selbst 20 männliche und 24 weibliche, in Summa 44 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, die Zustellung sei in Abwesenheit der Adressaten an deren mit ihnen in Familiengemeinschaft lebenden erwachsenen Sohn erfolgt. Nach § 166 Zivil-Proz.-Ordnung kann die Zustellung in Abwesenheit des Adressaten an einen erwachsenen Haushaltsangehörigen erfolgen.

M. wurde demzufolge wegen wissentlich falscher Beurkundung aus § 348 Str.-G.-B. angeklagt. Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die vom Staatsanwalt eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht, I. Strafenant, durch Urteil vom 8. April d. J. verworfen, indem es begründend ausführte: "Ob die Strafammer bezüglich der Frage, wer als "erwachsen" im Sinne des § 166 der Z.-Pr.-O. anzusehen sei, von einer richtigen Auffassung ausgegangen ist und die Zustellungen an einen 8jährigen Knaben den Vorschriften dieses Paragraphen entsprochen haben, kann dahingestellt bleiben. Denn die Freisprechung wird schon durch die Feststellung gerechtfertigt, der Angeklagte sei der Meinung gewesen, der Sohn des D. sei als eine erwachsene Person im Sinne des § 166 der Z.-Pr.-O. anzusehen. Mit Rücksicht darauf fehlt es an dem Thatbestand des § 348 Str.-G.-B. vorgesehenen Vergehens, indem der Angeklagte nicht eine Thatsache vorsätzlich falsch beurkundet hat. Auch wenn sich der Angeklagte bezüglich der in § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. enthaltenen Vorschrift in einem Rechtsstreit befunden hat, wird durch diesen zivilrechtlichen Streit, in Folge dessen vorsätzlich angenommen, die von ihm beurkundete Thatsache sei wahr, die Anwendung des § 348 des Str.-G.-B. ausgeschlossen."

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.

Die Strafammer sprach ihn frei, indem sie annahm, unter einer erwachsenen Person im Sinne des § 166 Abs. 1 der Z.-Pr.-O. sei nicht eine großjährige oder elde mündige, sondern lediglich eine Person zu verstehen, von der man gewärtigen könne, daß sie das zustellende Schriftstück richtig ablefern werde und daß jedenfalls der Angeklagte den Sohn des D. als eine erwachsene Person in dem oben vorgelegten Sinne angesehen habe.